

# BURGENLÄNDISCHE HEIMATBLÄTTER

Herausgegeben Amt der Burgenländischen Landesregierung,  
Landesarchiv — Landesbibliothek und Landesmuseum

---

33. Jahrgang

Eisenstadt 1971

Heft Nr. 1

---

## Das Werdendes Burgenlandes — ein Teil der österreichischen und europäischen Nachkriegsgeschichte<sup>1</sup>

Von Karl R. Stadler, Linz

Das österreichische Volk hat vor zwei Jahren, am 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages von St. Germain, der vielen schmerzhaften Opfer gedacht, die ihm jener Vertrag auferlegte. Nur zwei Erfolge verdankte es dem Geschick seiner damaligen Staatsführung unter Dr. Karl Renner und der Österreichtreue der betroffenen Völkerschaften: die Erhaltung der Einheit Kärntens und die Gewinnung des Burgenlandes.

Beide Entscheidungen zogen sich lang über den 10. September 1919 hinaus, wie sie auch ihren Ursprung in weit zurückliegenden Konflikten hatten, aber die endgültige Festlegung der österreichisch-ungarischen Grenze und die tatsächliche Übergabe des Burgenlandes erwies sich als eine der schwierigsten und langwierigsten Operationen, die von der Friedenskonferenz in die Wege geleitet wurden. Die Gründe dafür sind zwar kompliziert, aber durchaus verständlich. Erstens war keine Großmacht daran interessiert, Österreichs Wunsch nach einer schnellen Bereinigung nachzukommen, während Ungarn die offene Unterstützung Italiens genoß. Zweitens zögerten die Alliierten, irgendwelche Verpflichtungen auf sich zu nehmen, die einen militärischen Einsatz erfordert hätten, während die Ungarn nie wie die Österreicher entwaffnet worden waren und daher wiederholt den Weisungen der Alliierten straflos zuwiderhandeln konnten. Drittens spielten auch politische Faktoren mit. Während der Diktatur Bela Kuns begünstigten die Mächte eine Zeitlang die österreichische Republik; nach dem Sturz der Räteregierung aber entzogen sie dem stark sozialistisch orientierten Land ihre Unterstützung und förderten die extrem rechtsgerichtete ungarische Regierung.

Die dreieinhalb Jahre, die zwischen dem Zerfall Österreich-Ungarns und der Bereinigung des Konfliktes zwischen den beiden neuen Staaten lagen, waren von bitteren gegenseitigen Anschuldigungen, Feindseligkeiten und militärischen Ope-

---

1 Festvortrag anlässlich der konstituierenden Generalversammlung des BSA-Burgenland in Eisenstadt am 27. September 1969 (überarbeitete Fassung).

rationen erfüllt, und es fiel der Außenwelt schwer zu verstehen, wie zwei einander so feindlich gesinnte Völker das alte Reich so lange und gemeinsam regieren konnten.

## ZWISCHEN AUTONOMIE UND ANSCHLUSS

Tatsächlich war das Verhältnis der Deutschen zum ungarischen Staat recht positiv gewesen, bis sich in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts die national-madjarische Idee allmählich zum Chauvinismus steigerte. Das Minderheitengesetz von 1868 war weitgehend auf dem Papier geblieben, eine Madjarisierungswelle, überwiegend von deutschstämmigen Beamten, Lehrern und Pfarrern getragen, ergriff das Land. „Es galt als ungebildet und bäurisch, deutsch zu sprechen“ während Madjarisierung gleichbedeutend mit sozialem Aufstieg war<sup>2</sup>. Im wesentlichen blieben die Bauern des heutigen Burgenlandes deutsch — wie auch die Wanderarbeiter, die in Wien und Niederösterreich ihr Brot fanden.

Bald nach der Jahrhundertwende kam die Diskussion über die Zukunft Westungarns in Gang. Hatte schon Aurel Popovici in seinen Vereinigten Staaten von Groß-Österreich (1905) eine Aufspaltung der Monarchie in 16 Bundesstaaten befürwortet, wobei Westungarn zu Deutschösterreich zu fallen hätte, begann die deutschnationale Bewegung im Jahre 1905 mit einem Aufsatz von Josef Patry „Westungarn zu Deutschösterreich“ in der Schönerer-Zeitung *Alldeutsches Tagblatt* sich des Themas zu bemächtigen. Patry dachte zwar an einen Austausch des nachmaligen Burgenlandes gegen Bosnien-Herzegowina, bezeichnend für seine Geisteshaltung aber ist, daß er zugleich auch weitere rein magyarische und slawische Gebiete als „Garant für eine gute Behandlung der übrigen Deutschen in Ungarn und den slawischen Ländern“, also als Geiseln forderte<sup>3</sup>. Verschiedene Organisationen und Publikationen vor allem in Wien lebender Burgenländer entwickelten sich darnach, im besonderen als Reaktion auf das Apponyische Schulgesetz von 1907, das Ungarisch zur alleinigen Unterrichtssprache machte.

Der Zusammenbruch des Habsburgerreiches führte zur Bildung eines Deutschen Volksrates für Ungarn, dessen westungarischem Zweig sich 209 Gemeinden anschlossen und der die Kulturautonomie innerhalb Ungarns forderte, während eine Ungarländische Deutsche Volkspartei im Süden für den Anschluß an die Steiermark und die in Wien lebenden Burgenländerorganisationen für den Anschluß an Österreich als selbständiges Bundesland eintraten. Walter Dujmovits schreibt mit Recht:<sup>4</sup>

Nichts zeigt deutlicher die Uneinheitlichkeit im Wollen und in der Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes als der Umstand, daß Anfang Dezember 1918 innerhalb einer Woche Wollinger in Eltendorf den Anschluß, Wolf in Neusiedl Autonomie forderte, während in Mattersburg

---

2 Heinrich Kunnert in Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Breslau 1933, I, S. 659 ff.

3 Zitiert in Burgenländische Heimatblätter, 1961, S. 108.

4 Walter Dujmovits, Die Haltung der westungarischen Bevölkerung zur Frage des Anschlusses des Burgenlandes an Österreich, Burgenländische Heimatblätter, 1965, S. 65.

die Republik Heizenland ausgerufen wurde, die, vorübergehend selbstständig, sich dann Österreich anschließen sollte.

Mittlerweile aber hatte die Provisorische Nationalversammlung in Wien am 22. Oktober 1918 das Selbstbestimmungsrecht für die vier westungarischen Komitate gefordert:

Die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete der Komitate Preßburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg gehören geographisch, wirtschaftlich und national zu Deutsch-Österreich und stehen seit Jahrhunderten in wirtschaftlicher und geistiger Gemeinschaft mit Deutsch-Österreich. Darum muß bei den Friedensverhandlungen diesen deutschen Siedlungen das gleiche Selbstbestimmungsrecht zuerkannt werden, das nach wiederholten Erklärungen der ungarischen Regierung den anderen Völkern Ungarns eingeräumt wird.

Allerdings nahm die Friedenskonferenz in Paris diese Frage anfänglich nicht sehr ernst<sup>5</sup>. Der Bericht des Informationsdienstes der amerikanischen Kommission für die Friedensverhandlungen mit dem Datum des 21. Jänner 1919 sah keine Veränderung der Grenze zwischen Österreich und Ungarn vor, da eine solche nur „seit langem bestehende Einrichtungen gefährden würde“, es sei denn, der Wunsch der Deutschen in Westungarn nach dem Anschluß an Österreich wäre klar beweisbar. Und der Zentralauschuß für Gebietsfragen kam am 5. März überein, daß die österreichisch-ungarische Grenze „nicht erörtert zu werden brauche“. Balfour brachte die Frage am 8. Mai im Rat der Fünf zur Sprache, und man einigte sich, daß sie weder dringend noch besonders wichtig sei. Nur weil Lansing darauf bestand, daß die Alliierten vorbereitet sein müßten, wenn die eine oder andere Seite eine Grenzberichtigung verlangen sollte, wurde eine Kommission zur Sammlung von Informationen zu dem Problem bestellt.

Aber erst am 12. Mai informierte Präsident Wilson den Rat der Zehn, daß Österreich das Problem seiner Grenze gegen Ungarn zur Sprache bringen werde, worauf der Rat beschloß, daß Österreich zwar „die Grenze zwischen Österreich und Ungarn aus dem Jahre 1867 anerkennen müsse“, die Alliierten aber im Falle „von Komplikationen zur Vermittlung bereit wären“. Deshalb klagte die österreichische Delegation über den Friedensentwurf vom 2. Juni: „Man hat den mehrfach geäußerten Wunsch der deutschen Bevölkerung Westungarns nach Zulassung zur Volksabstimmung über ihren Anschluß an Deutschösterreich mit entmutigendem Stillschweigen übergangen.“

Am 16. Juni erklärten die Österreicher, daß die Leitha zwar seit langem die Grenze zwischen Österreich und Ungarn bilde, aber infolge der Verfassung der Monarchie zu einer rein administrativen Grenzlinie geworden war. Wenn die Alliierten auf der Grenze von 1867 beharrten, würden sie eine Schranke errichten, „von der sich der Handel schon ungefähr seit der Entdeckung Amerikas befreit hatte“, und überdies die drei wichtigsten Industriezentren — Wien, Wiener Neustadt, Graz — „von ihren Gemüsegärten, ihren Meiereien und ihrem Ackerlande“ absperren. Diese Grenzlinie sei von Wien nicht weiter als die Tragweite eines schweren Geschützes, nämlich 48 Kilometer entfernt, von Wiener Neustadt

5 Für eine ausführliche Schilderung vgl. Karl R. Stadler, Hypothek auf die Zukunft. Entstehung der österreichischen Republik. 1918—1921, Wien, 1968, S. 157 ff.

aber nur in der Tragweite eines Gewehres und von Graz in der Entfernung eines Tagesmarsches.

Man stelle sich für einen Augenblick vor, daß die Grenze Frankreichs von Chantilly über Meaux nach Melun verlaufe und jene Englands bei Canterbury liege, und lege sich nun die Frage vor, ob Paris oder London unter solchen Umständen in voller Ruhe bestehen könnten.

Nun aber traten die Tschechen auf den Plan, die einen ‚Korridor‘ zur Verbindung ihres Staates mit Jugoslawien wünschten. Damit sollte das Slawentum gestärkt, ein österreichisch-ungarisches Zusammengehen verhindert und dem deutschen Drang nach Südosten ein Riegel vorgesetzt werden. Der Plan war den Alliierten seit 1915 bekannt, aber zumindest die Amerikaner hatten sich schon vor Kriegsende gegen den Korridor entschieden. In den *National Archives* in Washington liegt unter vielen anderen Dokumenten auch eine Studie von Charles Seymour unter dem Datum des 1. April 1918 vor, in der er zwei wichtige Faktoren anführt, die gegen den Plan sprachen:

Erstens würde ein solcher Streifen Land die Hauptverkehrsadern, sowohl Flüsse wie Eisenbahnen, quer durchkreuzen, und zweitens würde er das Nationalitätenprinzip verletzen, denn kein Korridor ist möglich, der nicht hauptsächlich von Magyaren oder Deutschen bewohnt wäre.

Die betroffenen eineinviertel Millionen Menschen in den vier Komitaten würden sich (nach der ungarischen Volkszählung von 1910) aus etwa 760.000 Magyaren, 280.000 Deutschen, 150.000 Kroaten, 1600 Slowaken und 96 Serben zusammensetzen.

Tatsächlich sprach die Entente der Republik Österreich im Vertragsentwurf vom 20. Juli 1919 ein Gebiet mit etwa 250.000 deutschsprachigen Einwohnern zu; dies entsprach nicht nur der Gerechtigkeit, sondern auch bestimmten Motiven der Mächte, die *Otto Bauer* wie folgt beschrieb:

Die Entente hat diese Entscheidung in den Wochen gefällt, in denen die deutschösterreichische Arbeiterschaft den Ansturm des von Ungarn mobilisierten Bolschewismus abwies. Sie wollte unsere Stellung gegen den Bolschewismus befestigen, indem sie uns für die großen Verluste in Nord und Süd im Osten eine Entschädigung auf Kosten des bolschewistischen Ungarn in Aussicht stellte<sup>6</sup>.

Deutschösterreich hatte keine Annexion, sondern eine freie Volksabstimmung verlangt. Die Entente aber teilte Westungarn auf: Preßburg fiel an die Tschechoslowakei, einige Grenzgemeinden an Jugoslawien, einige weitere wichtige Orte verblieben bei Ungarn, und nur der Rest sollte an Österreich fallen. Die österreichische Delegation drückte zwar am 6. August ihre „aufrichtige Dankbarkeit“ für die Hauptentscheidung aus, bestand aber immer noch auf einer Volksabstimmung — ein ängstliches Bemühen, nur ja nicht imperialistisch zu wirken, das den versammelten Staatsmännern in Paris höchst quixotisch erschienen sein muß! Die endgültigen Friedensbedingungen vom 2. September, die dann Teil des Vertrages von St. Germain wurden, ignorierten diesen Vorschlag wie auch Wünsche auf Grenzberichtigungen und drückten die Hoffnung aus, daß die neuen Grenzen „am

---

<sup>6</sup> *Otto Bauer, Die österreichische Revolution, Wien 1965, S. 168.*

besten die Existenz aller interessierten Völker einschließlich der Österreicher gewährleistet werden, ohne sie der Anarchie oder mörderischen Rivalitäten auszusetzen“. Diese Hoffnung sollte sich leider noch lange nicht erfüllen.

## GEFAHR VON AUSSEN

Heute nehmen wir unser jüngstes Bundesland als Selbstverständlichkeit hin, aber dies ist weder geographisch noch historisch-kulturell begründet, wie Fred Sinowatz überzeugend dargestellt hat<sup>7</sup>. Jahrhunderte hindurch ‚intra fines Hungariae‘, geographisch uneinheitlich, verwaltungsmäßig getrennt, verkehrstechnisch unverbunden, soziologisch aufgespalten: „die steigende Entfremdung der mayarischen Oberschichte vom Volk, die gesellschaftliche Absenz dieses Volkes durch die rücksichtslose ungarische Schulpolitik“, also keine Gemeinsamkeit im Widerstand, sondern „eine Art innerer Emigration, eine Einkapselung in das dörfliche Leben, eine Flucht in die kleinste Lebenssphäre“

Der erste Weltkrieg schuf hier den großen Wandel mit dem Zerfall des mitteleuropäischen Staatensystems und der Losung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Nun erst trat das gemeinsame Schicksal ins Bewußtsein, setzte sich um in das Bestreben nach Autonomie, Zusammenschluß und Selbständigkeit. Die neue politische Führungsschichte erkannte zurecht, daß die zentralistische Verwaltungspraxis nur durch territoriale Autonomie überwunden werden konnte, was eine fundiertere Basis für den Selbständigkeitswillen des Landes abgeben sollte als die radikale Anschlußpolitik, für die das Volk noch nicht reif war. Die weise Zurückhaltung der deutsch-westungarischen Autonomisten, die sich vorerst auf den Verbleib im ungarischen Staatsverband beschränkten, schuf erst das Bewußtsein jener Identität, die dann von den Ereignissen gefördert zum Zusammenschluß mit Österreich drängte.

Auch zum Problem der Begriffsbestimmung und Namensgebung für dieses Gebiet hat Fred Sinowatz einen interessanten Beitrag geliefert<sup>8</sup>. Schließlich deckte es sich mit keinem Naturraum wirklich zur Gänze und setzte sich aus Teilen von vier Komitaten — also unabhängiger Gebietskörperschaften — zusammen. „Es blickte auf ein sehr unterschiedliches historisches Werden zurück und wies ganz erhebliche soziale Strukturunterschiede auf, wozu sich als Folge einer bewegten Siedlungsgeschichte ein recht verschiedenartiger Volkscharakter gesellt.“ Gegen diese divergierenden Faktoren stand allerdings der Umstand, daß es sich um ein geschlossenes, zur Gänze an Österreich anschließendes, deutschsprachiges Gebiet handelte, in dessen Bevölkerung der Wunsch nach Autonomie in zähem geistigen Ringen bald dem Verlangen nach dem Anschluß an Österreich Platz machte.

War schon die allmähliche Einbürgerung des Namens „Deutschwestungarn“ (mit oder ohne Bindestrich) ein Fortschritt gewesen, so begann bald die Diskussion um einen echten Landesnamen. Deutschnationale Kreise propagierten in Anlehnung an folkloristische Termini, eine hochdeutsche Version der

7 Fred Sinowatz, Das Werden eines österreichischen Bundeslandes, in: Vierzig Jahre Burgenland, Eisenstadt 1961, S. 24 f.

8 Fred Sinowatz, „Zur Geschichte des Landesnamens“, Burgenländische Heimatblätter, 23/3, 1961.

„Heanzerei“, den Namen „Heinzenland“, der der idealisierenden Schwärzerei der geistigen Nachfahren Schönerers entsprach. Dieser Name, umweht vom „Hauch alldeutscher professoraler Gelehrsamkeit“ und im Lande selbst eher als Spottname empfunden oder zumindest in leicht abfälliger Form gebraucht, wurde in Wien und im restlichen Österreich durch die unermüdliche Agitation der Nationalen bekannt.

Zugleich aber entsprang im Burgenland selbst, und zwar ursprünglich in radikalen Autonomistenkreisen, die Bezeichnung „Vierburgenland“ — vielleicht in Anlehnung an Siebenbürgen und an die gemeinsame Endsilbe der westungarischen Grenzgebiete Preßburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg. Mittlerweile aber hatten die Tschechoslowaken von Preßburg Besitz ergriffen, und es verwundert daher nicht, daß Karl Renner bereits am 16. August 1919 in einem Telegramm an Staatssekretär Eldersch mit dem Instinkt des praktischen Politikers den im Land geborenen Begriff aufnahm und den Namen „Dreiburgenland“ empfahl, aus dem sich sehr bald, gegen den heftigen Widerstand der nationalen Schwärmer, das heutige „Burgenland“ entwickelte.

Österreich hatte das Glück, in Dr. Karl Renner nicht nur einen Staatsmann zu besitzen, sondern auch einen Kenner des Burgenlandes, das er bereits als Student und junger Jurist anlässlich von Besuchen bei Verwandten seiner Frau in Güssing in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts kennenlernte. Das Zusammentreffen von sozialer Rückständigkeit und nationaler Not, das er hier vorfand, mußte seine Studien über das Nationalitätenproblem der Donaumonarchie weitgehend beeinflussen. Als Staatskanzler an der Spitze der Regierung widerstand er der abenteuerlichen Forderung nach gewaltsamer Annexion Deutschwestungarns, und verlangte nur — in weiser Beschränkung auf die politische Realität — die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes auch für dieses Volk. Noch aus St. Germain regte er die Schaffung einer Stelle im Innenministerium an, um die administrativen Vorbereitungen zu treffen, aus der sich dann — bis zur Wahl eines burgenländischen Landtages — die „Verwaltungsstelle für das Burgenland“ entwickelte.

Denn sehr bald schon hatte man sich gegen die Aufteilung des Landes an Niederösterreich und an die Steiermark und für ein selbständiges Bundesland entschieden, was dann im Verfassungsgesetz des Jahres 1920 auch niedergelegt wurde, und zwar nicht nur um der Eigenart des Landes, sondern auch den Autonomiebestrebungen im Lande zu entsprechen. Man blieb bei dieser Lösung, selbst nach dem Verlust Ödenburgs, das als präsumptive Hauptstadt Symbol der Zusammengehörigkeit gewesen wäre: und dieses Vertrauen Österreichs zur Loyalität des Burgenlandes wurde nicht enttäuscht. Das neue Burgenland konnte die Aufgaben meistern, die kein starrer Zentralismus bewältigt hätte und die ohne engeres Heimatbewußtsein, im Verband mit anderen Bundesländern, vielleicht unlösbar gewesen wären: die Assimilation an die Republik Österreich, der Abbau des Ressentiments aus der Zeit der Anschlußbewegung, die Bewältigung der Minderheitenfrage.

Dies ist das Bild, das sich aus der historischen Rückschau bietet. Bevor es aber dazu kommen konnte, mußten noch zwei Hindernisse überwunden werden, die einer friedlichen Lösung im Wege standen: die Reaktion der Entente auf die Rätediktatur in Ungarn, deren Folgen für Österreich abgewehrt werden mußten,

und der aktive und passive Widerstand reaktionärer und legitimistischer Kreise in Österreich. Wie wir jetzt aus den Akten der Friedenskonferenz und aus amerikanischen Dokumenten wissen, waren die 133 Tage der Rätediktatur, vom 21. März bis 1. August 1919, eine Periode fiebriger diplomatischer Planung und Aktivität, in Paris sowohl wie in Wien<sup>9</sup>.

Schon am 27. März legte Marschall Foch einen Plan vor, nach dem die ungarische Revolution durch „Befriedigung ihres Hinterlandes“ unterdrückt werden sollte. Dies erforderte eine alliierte Besetzung Wiens, entweder unter amerikanischem Oberbefehl oder durch italienische Streitkräfte, wie es von bestimmten „gemäßigten Kreisen in Wien“ gewünscht wurde. Am 1. April trafen sich die alliierten Vertreter in Wien, wobei Sir Thomas Cuninghame, Chef der britischen Mission, auf Grund seiner Besprechungen mit konservativen und liberalen Elementen, die ebenso wie er die Sozialdemokraten genauso verabscheuten wie die Kommunisten, die Besetzung Wiens mit 10.000, sowie von Wiener Neustadt, Graz und Linz mit je 3.000 britischen oder amerikanischen Soldaten, die Entwaffnung der Volkswehr und die Aufstellung „verlässlicher“ Sicherheitsorgane vorschlug. Die alliierten Truppen sollten unter dem Vorwand von Operationen gegen Ungarn oder zur Sicherung der Lebensmitteltransporte in die besagten Städte gebracht werden. Die Amerikaner wollten von der ihnen zugedachten Rolle nichts wissen; Renner versicherte Hauptmann Roosevelt, daß es keinen Grund zur Panik gäbe, warnte ihn aber vor den Folgen eines gegen Ungarn gerichteten Aufmarsches.

Am 7. April erfahren wir bereits den Namen eines der Gewährsleute der Alliierten: es ist der Polizeipräsident Schöber, der dem Chef der amerikanischen Mission, Professor Coolidge, „eine Art ausländischer Intervention, wenn auch möglichst verschleiert“ vorschlägt. Nur müsse man zuerst die Volkswehr entwaffnen — solange diese existierte, würde die Drohung mit der Sperre der Lebensmitteltransporte „einen Aufruhr hervorrufen“. Zur Beruhigung der Bevölkerung sollten Lebensmittelzüge auf jeden Fall „von starken — womöglich amerikanischen und britischen — Schutzmannschaften begleitet sein“. Obwohl die Italiener weiter auf militärische Schritte drängten, stimmten Präsident Wilson und Lloyd George nur vorbeugenden Maßnahmen zu, die eine Warnung an „ver zweifelte und aufrührerische Elemente“ enthielten, jedwede Unruhe würde alliierte Lebensmittel- und Brennstofftransporte in Frage stellen. Am 28. April gelang es Wilson, den Rat der Vier zu überreden, eine österreichische Delegation nach Paris einzuladen, womit man hoffte, die österreichische Regierung gegen den wachsenden kommunistischen Druck zu stärken; wenige Tage später verkündete Bela Kun, in einer Art letzten Aufgebots: „Wir müssen unsere Diktatur verteidigen; wenn es sein muß, bis Wiener Neustadt“ Wieder machten die Alliierten die Fortsetzung der Lieferungen von der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und der Ablieferung von Waffen und Artilleriegeschossen für die Tschechoslowakei abhängig.

Parallel zu diesen diplomatischen Eingriffen vollzog sich mit alliierter Billigung und Unterstützung der Aufbau der ungarischen Konterrevolution in Öster-

<sup>9</sup> Diese Darstellung folgt Arno J. Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles 1918—1919.* London, 1968, S. 600—602, 723—33, 744—7.

reich. Unter dem Grafen István Bethlen bildete sich kurz nach der Errichtung der Räteregierung im Palais Schönborn in Wien ein „Antibolschewistisches Comité“ (ABC), das die Werbung für eine Weiße Armee in großem Ausmaß aus Mitteln bestritt, die bei einem Überfall auf die ungarische Gesandtschaft am 3. Mai geraubt worden waren. Zwischen der Gruppe und der Staatspolizei bestand „ein vertrauensvolles Verhältnis, das auf der Bekämpfung des gemeinsamen Feindes, des Bolschewismus, gegründet war“, wie der Leiter der Staatspolizei später schrieb<sup>10</sup>.

## REAKTION IN ÖSTERREICH

Als die ungarische Gegenrevolution unter Horthy im August 1919 an die Macht gekommen war, nahm sie sofort die Verbindung zu konservativen und reaktionären Kreisen in Österreich auf. Vorerst ging es gegen die Regierung Renner, in zweiter Linie gegen die österreichische Sozialdemokratie, und insgesamt gegen Wien, das den zur Flucht gezwungenen Vertretern der ungarischen Linken Asyl gewährte und als Symbol der Demokratie im Donauraum dem neuen ungarischen Regime verhaßt war.

Als erster fuhr im Dezember 1919 der Landeshauptmann von Steiermark, Rintelen, der im Naziputsch des Juli 1934 eine unrühmliche Rolle spielen sollte, mit seinem Stellvertreter Ahner nach Budapest. Rintelen hatte sich gewisse Verdienste um die ungarische Reaktion erworben, wie etwa die Sammlung konterrevolutionärer ungarischer Offiziere in Feldbach und seine Unterstützung des Karl-Putschisten Lehár, worüber er in seinen Erinnerungen schreibt<sup>11</sup>. Jetzt schilderte er die Stärke der Linken in den steirischen Industriezentren und bat um die demonstrative Entsendung ungarischer Truppen an die Landesgrenze, was die Ungarn allerdings wegen ihrer außenpolitischen Situation ablehnten, wenn sie auch ihre Unterstützung gegen jeden weiteren Bodengewinn der österreichischen Linken versprachen<sup>12</sup>.

Weitaus wichtiger als dieser steirische Vorstoß aber war die geheime Organisation prominenter politischer und militärischer Persönlichkeiten der ehemaligen Monarchie, die sich „Vereinigung für Ordnung und Recht“ nannte und bereits im November 1919 Ungarn um finanzielle und militärische Unterstützung bat. Um den Preis von 10 Millionen Ungarnkronen gab Graf Leopold Hartig die von den Ungarn geforderte Erklärung ab, seine Gesinnungsfreunde betrachteten die Lösung der westungarischen Frage in den Friedensverträgen als „ungesund“; ein freundschaftliches Verhältnis könne nur durch eine Revision erzielt werden, die auf der Basis einer Volksabstimmung erfolgen müsse. Im März 1920 verhandelte bereits Seipel mit dem ungarischen Gesandten Gratz, und wenn Kerekes von diesem Gespräch auch nur eine subjektive — ungarische — Teildarstellung bieten kann<sup>13</sup>, so ist doch nicht ernsthaft bestritten worden, daß zumindest ein Teil der für die Heimwehren geforderten 50 Millionen österreichi-

---

10 Franz Brandl, Kaiser, Politiker, Menschen, Wien, 1936, S. 329.

11 Anton Rintelen, Erinnerungen an Österreichs Weg. München 1941, S. 72, 106.

12 Lajos Kerekes, „Die ‚weiße Allianz‘“, Österreichische Osthefte, Sept. 1965, S. 356.

13 a. a. O., S. 357 f. Vgl. hiezu die Diskussion in der Furche, 17. Februar, 2. und 30. März 1968.

schen Kronen ausbezahlt wurde und die österreichischen Gesprächspartner sich verpflichteten, die Frage Westungarns dilatorisch zu behandeln. Daß neben der Heimwehr auch Organisationen wie der „Antisemitenbund“ und die „Schwarzgelbe Legitimistenpartei“ mit ungarischen Geldern bedacht wurden, vervollständigt das Bild.

Während diese Fäden gesponnen wurden, lag der christlichsozialen Führung daran, sich von dem Odium allzugroßer Verständigungsbereitschaft freizuhalten. Dies illustriert eine Kontroverse zwischen Renner und Leopold Kunschak, der in einer Versammlung am 31. Oktober 1920 den Spieß umgedreht hatte:

Es ist richtig, daß Kräfte am Werke sind, um Westungarn nicht zur Gänze in den Besitz von Österreich kommen zu lassen, sondern um wichtige Orte und Gebiete von Deutschwestungarn bei Ungarn zu belassen. Vor allem stelle ich fest, daß vor kurzem Dr. Renner eine Deputation von Westungarn empfangen und ihr die Frage vorgelegt hat, ob sie nicht zustimmen könnte, daß Rechnitz, Zinkendorf und eine Reihe anderer Orte bei Ungarn verbleiben, und dies damit begründet hat, daß die ungarische Regierung, wenn dies geschehen würde, leichter zur Räumung von Westungarn zu veranlassen wäre. Ich stelle hier ausdrücklich die Tatsache fest, daß Dr. Renner es war, der in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Äußern in allem Ernste die Abtretung wichtiger Gebiete Westungarns in Erwägung gezogen hat.

Diese Behauptung rief Renner auf den Plan, der am 3. November in der ‚Arbeiter-Zeitung‘ Kunschak zitierte und darauf den wahren Sachverhalt darstellte:

Die Vereine der in Wien wohnenden gebürtigen Burgenländer haben sich einen gemeinsamen Vollzugsausschuß begründet, der unter der Leitung Professor Wahlheims und eines Ausschusses steht, dem Christlichsoziale, Sozialdemokraten und Großdeutsche angehören. Dieser Vollzugsausschuß hat von Zeit zu Zeit bei mir vorgesprochen, um sich vertraulich zu informieren, wie es gerade mit der burgenländischen Anschlußfrage stehe. Bei seiner letzten Vorsprache konnte ich dem Ausschuß die Mitteilung machen, daß nach meinen Informationen die Ungarn bis etwa Ende November gezwungen sein werden, den Friedensvertrag zu ratifizieren, (und) daß sich die ungarische Regierung und die ungarische Öffentlichkeit mit der Abtretung Deutschwestungarns vertraut zu machen beginne; während bis vor kurzem die entscheidenden Kreise in Budapest den Gedanken des Verzichtes noch weit von sich gewiesen hatten, rede man jetzt nur noch und hauptsächlich von Grenzkorrekturen. Es könne also wohl sein, daß in irgend einem Zeitpunkt Ungarn die Frage von Grenzkorrekturen aufwerfe.

Er verneinte die Frage, ob es irgendwelche offizielle Verhandlungen gebe, und setzte fort:

Auf die weitere Frage, welche Grenzkorrekturen dabei in Betracht kommen, habe ich dem Vollzugsausschuß in Erinnerung gebracht, daß die in Saint Germain festgesetzten Grenzen im einzelnen unpraktisch und im ganzen für uns noch immer ungerecht sind. So seien die Orte Ungarisch-Altenburg, Güns und St. Gotthard, seit altersher deutsche Ge-

meinden, uns nicht zugesprochen worden. Andererseits hat die ungarische öffentliche Meinung besonders zwei Orte als empfindliche Opfer hervorgehoben, das ist Zinkendorf, woselbst sich das Grabmal von Szechenyi befinde, und Rechnitz, das nahe bei Steinamanger liegt. Wenn es also zu solchen Verhandlungen käme, so müßte von unserer Seite aus die Sache studiert werden. Ich habe dem Vollzugsausschuß auch die Auffassung geäußert, daß sich, wenn Ungarn Verhandlungen über Grenzkorrekturen anbiete, schwer nein sagen lasse, daß aber selbstverständlich Korrekturen nur im Kompensationsweg möglich wären. Solche Verhandlungen könnten den Ungarn den Entschluß erleichtern, das Land früher freiwillig zu räumen.

Tatsächlich dürfte die Kritik an Renner auf einen Artikel Professor Wahlheims in der ‚Deutschen Tageszeitung‘ vom 29. Oktober zurückgehen, der eine ähnlich verkürzte Darstellung des Falles wie bei Kunschak enthielt. Renners Aussage wurde am 4. November in der ‚Arbeiter-Zeitung‘ von Josef Baliko, dem Obmann des sozialdemokratischen Vereins der Westungarn und Mitglied des Vollzugsausschusses, natürlich vollinhaltlich bestätigt, und nach einigem weiteren Rückzugsgeplänkel war diese Kontroverse beendet.

(Was die genannten Orte betraf, so verblieb es bei der ursprünglichen Grenzlinie mit einer einzigen Ausnahme, nämlich des Ortes Zinkendorf, der tatsächlich an Ungarn fiel.)

Nach den Neuwahlen im Oktober 1920 besuchte der frühere Wiener Bürgermeister und christlichsoziale Politiker Dr. Richard Weiskirchner Budapest. Es gelang ihm, Ungarns Zustimmung zu einem Handelsvertrag zu erzielen „mit der Zusicherung, daß Österreich geneigt sei, nach Ratifikation des Vertrages von Trianon mit Ungarn ein direktes Abkommen über das Burgenland abzuschließen.“ Dies bekräftigte auch der neue Bundeskanzler Dr. Mayr, der aber nur an kleine Grenzberichtigungen dachte, weshalb er von den Ungarn der Perfidie geziehen wurde<sup>14</sup>.

Nun schalteten sich die deutschen Rechtsputschisten ein, die es nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches nach neuen Abenteuern gelüstete. Wenn auch den Ungarn der Plan eines Staatsstreiches gegen die österreichische Sozialdemokratie zu gefährlich schien und sie sich mit dem Sturz der Regierung Renner zufrieden gaben, so setzten sie doch weiter ihre Hoffnungen auf reaktionäre Kräfte im Lande, von denen sie sich Unterstützung bei einer für Ungarn günstigen Lösung der Burgenlandfrage erwarteten. Zu diesen Kräften gehörten, wie wir jetzt aus den Akten des ungarischen Außenamtes wissen, auch Seipel und Czernin, die am 26. Februar 1921 den Ungarn ein förmliches Bündnisangebot machten, wonach „ein stärkeres bürgerliches Kabinett“ für militärische Hilfe und Lebensmittel im Falle von „Unruhen oder Kraftproben“ das Burgenland auf 10 Jahre, mit einem „bloß formalen Controllorgan Österreichs“, unter ungarischer Verwaltung beließe, worauf eine Volksabstimmung endgültig über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheiden solle. Was daraus wurde berichtete Kálmán Kánya im ungarischen Ministerrat am 1. August:

---

14 25 Jahre Burgenland, Wien 1946, S. 105 f.

Man trat mit den Christlichsozialen in Verbindung, um die Regierung Mayr zu stürzen. Die Verhandlungen dauerten lange und schienen die höchsten Möglichkeiten zu bieten, um so mehr als an der Spitze der Christlichsozialen Seipel stand, der zur friedlichen Vereinigung neigte. Dann kam der erste Königsputsch dazwischen, und die Christlichsozialen konnten die Verpflichtungen nicht einhalten, da sie jede Annäherung als reaktionäre Regierung gebrandmarkt hätte...<sup>15</sup>

Wie Günter Michael Unger mit Recht schreibt: „In dieser Frage: also für oder gegen das Bleiben Westungarns bei Ungarn, schieden sich die christlichen Geister“.<sup>16</sup>

Das Christliche Ödenburger Tagblatt schrieb am 23. Juni 1921:

Der wirtschaftliche Ruin dieser Gebiete, sind sie einmal bei Österreich, wird unausbleiblich sein. Und außer der leiblichen Not droht von draußen auch eine andere Gefahr: Wien ist der Mittelpunkt des verworfensten kommunistischen Gesindels der Welt. Die österreichische Regierung ist nicht imstande, dasselbe abzuschütteln, denn die starke sozialdemokratische Partei nimmt es in Schutz...

Das war die Sprache der terroristischen Freischärlerbanden, deren Propaganda die Lage in Österreich maßlos entstellte. Wenn Worte nicht genügten, drohte die Gewalt, wie in einem Flugblatt vom 6. September:<sup>17</sup>

Reiseerlaubnisse nach Österreich werden überhaupt nicht erteilt und jene Personen, welche eine Flucht durch die Kampflinie versuchen und auf den ersten Anruf nicht stehen bleiben, unverzüglich erschossen. Jegliche Spionage wird mit dem Tode bestraft.

In der Wiener „Reichspost“ erschien am 24. August der Artikel „Tränen im Burgenland“, der in der ganzen Welt Erstaunen über diese merkwürdige Spielart von Patriotismus hervorrief:

Wir verstehen es und ehren es, daß auch viele Burgenländer die staatliche Heimat nicht wechseln wie ein Hemd und noch bis zur letzten Stunde treue Anhänglichkeit dem Hause zeigen, das ihre Vergangenheit durch Jahrhunderte barg... Auch der Deutsche Westungarns saß nicht als Zaungast im Ungarreiche, er teilte mit ihm große und bittere Zeiten, arbeitete, schuf und blutete für Ungarn, auf den glänzendsten Blättern ungarischer Geschichte stehen Namen aus Westungarn... Und vergessen werden wir auch nicht gegenüber der Empfindungswelt des westungarischen Volkes dürfen, daß die Stefanskronen bis heute auch Westungarn überdachte und die Königstreue nirgends tiefer verwurzelt war als in diesem Lande, das jetzt einer Republik sich anschließen soll....

---

15 Katalin Gulya, Die westungarische Frage nach dem ersten Weltkrieg, Österreichische Osthefte, März 1966, S. 96—100.

16 Günter Michael Unger, Die christlichsoziale Partei im Burgenland. Eisenstadt, 1965, S. 11, 13 (Heft 49 der „Burgenländischen Forschungen“)

17 Otto Guglia, Das Werden des Burgenlandes. Eisenstadt 1961, S. 26 (Heft 44 der „Burgenländischen Forschungen“).

18 Emmerich Falk, Das Burgenland im Blickfeld tschechischer Großherrschaftspläne. Stuttgart, 1938, S. 87.

Der Herausgeber des Blattes, Dr. Friedrich F u n d e r, hatte schon am 5. Jänner 1921 im Luzerner Vaterland den Anschluß des Burgenlandes an Österreich auf diese Weise erklärt:<sup>18</sup>

Österreich befindet sich in der Lage eines Mannes, der beraubt und bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden ist und von seinen Besiegern gezwungen wird, einen Bissen aus ihrer reichen Beute hinunterzuwürgen, damit er mit diesem Anteil am unrechten Gut nicht sagen kann, daß er besser sei als sie. Er wehrt sich, aber es hilft ihm nichts. Man steckt ihm den Bissen mit Gewalt in den Mund, und wenn er nicht erstickten soll, so muß er ihn hinunterschlingen.

Aus dieser Einstellung resultierte eine Politik, die für das Burgenland sehr verhängnisvoll werden sollte.

In diesem Sommer 1921, nach anderthalb Jahren des Terrors im Burgenland, nach einem mißglückten Habsburgerputsch und deutlichen Anzeichen, daß die Großmächte der ganzen Frage überdrüssig geworden waren, hätte sich vielleicht eine Lösung finden lassen, die dem schwergeprüften Volk weiteres Leid und seine Hauptstadt erspart hätte; aber wie Otto Bauer schrieb:

Die österreichische Regierung hätte die internationale Krise des Habsburgerputsches ausnützen können, um Österreich die Unterstützung der Kleinen Entente für die Entscheidung über Ödenburg zu sichern. Sie hat es nicht getan. Das Auftauchen Karl Habsburgs in Ödenburg hatte alle legitimistischen Hoffnungen des monarchistischen Flügels der Christlichsozialen geweckt. Die Mobilisierung des tschechischen Heeres hatte den Tschechenhaß der Großdeutschen wiederbelebt. Die beiden regierenden Parteien hatten nur den einen Wunsch, in dieser Stunde ja nicht an der Seite der Kleinen Entente zu erscheinen.<sup>19</sup>

Hier aber stoßen wir abermals auf S c h o b e r, der diese große Chance ungenützt ließ. Aus den Beständen des Wiener Polizeiarchivs hat Jacques H a n n a k ein Bild dieser Persönlichkeit und seiner oft unglücklichen Politik gezeichnet<sup>20</sup>. Statt sich nämlich der Hilfe der Kleinen Entente zu bedienen, schwenkte er schon damals, mit dem ‚Venediger Protokoll‘, auf einen Kurs ein, der den Grundstein für die Politik der ‚Römischen Protokolle‘ legte, die Österreich — wie auch Ungarn — zu Satelliten Italiens machte. Zwei Tage vor der Unterzeichnung sandte Otto Bauer ein Telegramm an S c h o b e r in Venedig, in dem er ihm mitteilte, R e n n e r habe kürzlich B e n e s c h gefragt, was geschehen würde, wenn die Konferenz von Venedig erfolglos wäre. Benesch erwartete für diesen Fall ein Mandat an die Kleine Entente, Ordnung zu schaffen. Auf den Einwand Renners, mittlerweile würden die Ungarn losschlagen und auf Wien marschieren, erwiderte Benesch, in diesem Fall würde die Tschechoslowakei auf kein Mandat warten, sondern sofort eingreifen, „um Österreich und speziell Wien zu schützen“<sup>21</sup>. Schober ließ sich allerdings von seinem Kurs nicht abbringen.

Das Venediger Protokoll vom 13. Oktober 1921 brachte zwar die Räumung des Burgenlandes durch die Ungarn, sah aber eine Volksabstimmung in Ödenburg

19 Otto Bauer, Die österreichische Revolution, S. 239 f.

20 Jacques Hannak, Johannes Schober — Mittelweg in die Katastrophe, Wien 1966.

21 Otto Guglia, a. a. O., S. 87 f.

vor — eine klare Verletzung zweier Friedensverträge. In diese Situation platzte die Nachricht von Karl Habsburgs zweitem Staatsstreichversuch, und diesmal waren die Tschechen schon viel entschlossener. Der österreichische Botschafter in Prag, Dr. Marek, telegraphierte Schober am 22. Oktober, Benesch habe ihm mitgeteilt, die Kleine Entente würde nun bis zum Letzten gehen, auch militärisch. Sie verlangte die restlose Erfüllung des Friedensvertrages, die Annullierung aller bisher gemachten Zusagen, auch der Venediger Abmachung über das Burgenland, „welches restlos laut Friedensvertrag abgetreten werden muß“

Und am 25. Oktober telegraphierte Marek abermals: „Ich hielt es nicht für ausgeschlossen, daß es uns gelingen könnte, die Kleine Entente durch... Zusammenhang zwischen westungarischer Insurrektion — Ödenburg-Venediger Protokoll einerseits und legitimistischem Putsch andererseits restlos für unseren Standpunkt zu gewinnen (ob nun Außerkraftsetzung Venediger Protokoll oder unbeeinflusste Abstimmung)“.<sup>22</sup> Auch die jugoslawische Regierung war durchaus zum Handeln bereit, wie Gerald Schlag in seiner aufschlußreichen Studie der diplomatischen Bemühungen um das Burgenland aufzeigt.<sup>22a</sup> Aber nichts dergleichen geschah; eine Bindung an die Kleine Entente überforderte das österreichische Bürgertum. —

Die Abstimmung in Ödenburg, die eine Mehrheit von 65 0/0 für Ungarn ergab, war durch die Unzulänglichkeiten der Organisation und den ungarischen Terror eine Farce. Der Kommentar der amerikanischen Historikerin Sarah Wambaugh<sup>23</sup>

Da es an wirksamen Sicherheitsmaßnahmen für eine freie und unvoreingenommene Abstimmung mangelte, ist das Resultat weder nach der einen noch nach der anderen Richtung hin überzeugend. Ob nun die Alliierten aus Gründen der europäischen Politik oder aus Zeitmangel es unterließen, für einen authentischen Ausdruck des Volkswillens zu sorgen, so ist ihr Versagen doch äußerst bedauerlich —

ist ein maßvoller Nachruf auf dieses Ereignis.

Rückblickend kann man wohl nur Erich Zöllner zustimmen, der in seiner ‚Geschichte Österreichs‘ die schwächliche Haltung österreichischer Regierungen ab 1920 folgendermaßen erklärt:

Eine gewisse Bedeutung hatte wohl auch die Haltung einiger Wiener bürgerlicher Politiker und Publizisten, die für die ungarische Rechtsregierung große Sympathien besaßen und, wie es schien, bereit waren, allenfalls österreichische Ansprüche auf das Burgenland zu opfern.<sup>24</sup>

## DIE HALTUNG DER ARBEITERSCHAFT

Es wäre nun verlockend anzunehmen, daß im Gegensatz zum Bürgertum die Arbeiterschaft geschlossen für die Vereinigung mit der Republik Österreich ein-

22 Hannak, a. a. O., S. 71 f.

22a Gerald Schlag, Zur Burgenlandfrage von Saint-Germain bis Venedig (10. Sept. 1919—11. Okt. 1921), Burgenländische Heimatblätter, 32/3, 1970.

23 Sarah Wambaugh, Plebiscites since the World War, Washington 1933, S. 277—81.

24 Erich Zöllner, Geschichte Österreichs, Wien 1966, S. 497.

getreten sei, in der die Sozialdemokratie eine führende Rolle spielte. Tatsächlich hat Otto Guglia einen Konfidentenbericht des Polizeikommissariats Wiener Neustadt an die Niederösterreichische Landesregierung vom 28. Dezember 1918 entdeckt, wonach im Ödenburger Gebiet

eindeutig nur die Industriearbeiter für Österreich seien. Der (gewerbliche) Mittelstand sei zwar deutsch gesinnt und wolle nationale Rechte, aber im Rahmen Ungarns; die Großkaufleute, Lehrer, Vertreter der Kirche und die Beamten seien ausgesprochen für Ungarn.

Etwa ein Jahr später berichtete der österreichische Gesandte in Budapest, Cnobloch, der Minister für nationale Minderheiten, Bleyer, hätte ihm unter anderem gesagt, „für die Vereinigung mit Österreich seien bloß die Arbeiter Deutschwestungarns, aber auch die nicht aus nationalen Gründen“ (27. Oktober 1919).<sup>25</sup> Ähnliche Berichte und Meinungen geben aber nur einen Teil des Tatbestandes wieder, denn in Wirklichkeit war die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Deutschwestungarns in zwei Richtungen aufgespalten, wie Gerald Schlag einsichtsvoll belegt und erklärt.<sup>26</sup> Die Autonomisten waren keinesfalls pro-ungarisch, sondern glaubten, vor allem während des Räteregimes das sozialistische System einem Anschluß an Österreich vorziehen zu müssen, „wo das soziale Denken noch nicht so weit vorgeschritten ist“ (Josef Peck). Die Anschlußfreunde hingegen waren weniger von ideologischen als von praktischen ökonomischen Motiven bewegt, aber auch sie beschlossen, „zunächst in der Räteregierung mitzuarbeiten“, bis sich die Gelegenheit zum Anschluß bot. Das Mißlingen der Mattersburger Revolte hatte die sozialistischen Teilnehmer wie Hans Suchard gelehrt, daß es ohne tatkräftige Hilfe Österreichs keinen Anschluß geben würde. Aber gerade eine solche Hilfe wurde von der österreichischen Sozialdemokratie als führender Regierungspartei anfangs nicht gewährt, und zwar, meint Schlag, sowohl aus wirtschaftlichen wie auch aus ideologischen Gründen: es war nicht nur vor allem Wien von den transleithanischen Lebensmittellieferungen abhängig, sondern man wollte auch „der ungarischen Bruderpartei, die mit schwersten außen- und innenpolitischen Problemen zu ringen hatte, nicht in den Rücken fallen“ (S. 60).

Schon die Staatserklärung vom 22. November 1918 hatte, wie erwähnt, das „Vierburgenland“ für Österreich reklamiert, doch die Entscheidung überließ man der Friedenskonferenz als der einzig kompetenten Stelle. Schließlich hatte man in Wien größere Sorgen, als es den Nachbarn an militärischen Abenteuern gleichzutun — noch dazu, wo weder der Mehrheitswille der Bevölkerung noch auch der rein militärische Erfolg von vornherein feststand. Daß Otto Bauer als Staatssekretär für Äußeres es ablehnte, Österreich zum Büttel der Entente zu erniedrigen, ist oft wissentlich falsch interpretiert worden. Vom Zusammenbruch bis zur Errichtung des Räteregimes war die einzig mögliche demokratische Politik das Verlangen nach einer Volksabstimmung in Westungarn. Während der Räte-

<sup>25</sup> Otto Guglia, a. a. O., S. 16 f.

<sup>26</sup> Gerald Schlag, Die Anfänge der Sozialdemokratischen Partei im Burgenland, phil. Diss., Wien 1966, S. 48 ff.

Vgl. auch „Die Sozialdemokratische Partei des Burgenlandes u. der Anschluß des Landes an Österreich 1918—1921“ in Burgenl. Forschungen, Sonderheft II (Kunnert-Festschrift), Eisenstadt 1969.

republik, die keinesfalls von der österreichischen Sozialdemokratie gebilligt wurde, wenn man auch Verständnis für den revolutionären Elan des ungarischen Proletariats hatte, hieß es vor allem ein Übergreifen der Welle auf Österreich verhindern und auf das Solidaritätsgefühl der österreichischen Arbeiterschaft Rücksicht zu nehmen. Daher die Stellungnahmen Otto Bauers und Friedrich Adlers auf der Reichskonferenz der Arbeiterräte im Juli 1919, daher noch zwei Jahre später die dramatische Intervention des Letzteren im Wiener Neustädter Kreisarbeiterrat, als dieser einen Handstreich auf Ödenburg nach dem Muster d'Annuncios plante, wie Josef Püchler berichtet.<sup>27</sup> Zu diesem Zeitpunkt war die Versuchung besonders groß, denn es wäre diesmal gegen Horthy gegangen; aber die Sozialdemokratie bewies abermals ihr Verantwortungsgefühl gegenüber dem österreichischen Staat.

## UNTERGANG UND WIEDERAUFSTIEG

Das offizielle Ungarn hatte sich nie mit der durch die „Friedensdiktate“ bestimmten Grenze zwischen Österreich und Ungarn abgefunden. Wie Siegmund Kunfi zum 10. Jahrestag der ungarischen Revolution im „Kampf“ schrieb, war es die Politik der ungarischen herrschenden Schichten, vor allem des Großgrundbesitzes, ihre Position zu sichern,

indem sie durch die irredentistische Politik die Blicke der Bauern von den Latifundien nach der verlorenen Slowakei, nach Siebenbürgen, nach dem Burgenland ablenken wollen.<sup>28</sup>

Wenige Monate, nachdem er Mussolini für die Unterstützung der Heimwehren zur Durchsetzung eines Rechtskurses in Österreich gewonnen hatte, hielt der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen am 14. Oktober 1928 in Ödenburg eine Rede, in der er die Erwartung aussprach, daß diese Grenze eines Tages von „Großdeutschland und Ungarn als von zwei selbstherrlichen Staatswesen neu festgelegt“ werden sollte.<sup>29</sup> Diese Hoffnung auf die Rückgliederung des Burgenlandes verließ die Ungarn bis zum Jahre 1938 nicht, wie wir noch sehen werden. Die erste Gelegenheit schien sich während der Februarkämpfe 1934 zu bieten.

Lajos Kerekes teilt mit:<sup>30</sup> Während die ungarische Regierung ihren artverwandten Kollegen in Wien Beistand leistete, plante die extreme Rechte, die inneren Wirren in Österreich zu einer neuerlichen Freikorpsaktion zur Besetzung des Burgenlandes auszunutzen. Der deutsche Gesandte in Budapest berichtete nach Berlin, die rechtsradikale Organisation „Erwachendes Ungarn“ wollte in der Nacht vom 13. zum 14. Februar unter dem alten Burgenlandkämpfer Baron Prónay mit 9000 bewaffneten Anhängern ins Burgenland einfallen, doch sei nach dem Erfolg der österreichischen Regierung bereits am 13. die „Aufmarschbewegung abgeblasen, Gedanken aber angeblich nicht aufgegeben“ worden.

Vom Protokoll von Venedig über die „Römischen Protokolle“ und das Juli-

27 Ludwig Jedlicka, Die Entstehung des heutigen Burgenlandes, in: Vorträge gehalten auf der Jahrestagung der Südostdeutschen Historischen Kommission. München 1964, S. 179 f.

28 Siegmund Kunfi, ‚Die Besiegten‘, Der Kampf, XXI (1928), S. 547.

29 Kleo Pleyer, ‚Burgenland und Reich‘ in Volk und Reich, Berlin 1929, Heft 1, S. 18.

30 Kerekes, Abenddämmerung S. 181 f.

Abkommen 1936 ging Österreichs Weg in den Untergang. Bereits am 28. Mai 1937 riet der ungarische Gesandte Rudnay in Wien seiner Regierung:

Sofern die internationale Lage eine Konstellation zeigt, in der die Deutschen wagen würden, aktiv gegen Österreich aufzutreten, sollten wir uns, meiner bescheidenen Meinung nach, schon vorher darauf vorbereiten und zwar derart, daß dies nicht zur Eingliederung, sondern zur Aufteilung Österreichs führen sollte, und deshalb müßten wir schon jetzt diplomatisch manövrieren, um zu erreichen, daß wir bei dieser Gelegenheit unsere Westgrenzen wiederherstellen könnten und Südkärnten ein Tauschobjekt für die Bácska sein könnte.<sup>31</sup>

Und nach dem deutschen Einmarsch warf die ungarische Regierung die Frage noch einmal auf, wie aus dem Telegramm des deutschen Gesandten in Budapest am 16. März 1938 hervorgeht:

„Präsident Landgerichts, Landwirtschaftskammer, Reichstagsabgeordneter von Mecser hat, nachdem er Glückwünsche zur Wiedervereinigung mit Österreich ausgesprochen hatte, sich vertraulich dahin geäußert, verstorbenen Ministerpräsident Gömbös habe ihm nach seinem Berliner Besuch beim Führer und Reichskanzler mitgeteilt, Führer habe im Verlauf Gesprächs über eventuellen späteren Anschluß Österreichs bemerkt, er werde in diesem Falle Ungarn das ihm durch Trianon entzogene, an Österreich angegliederte Gebiet zurückgeben, Mecser hinzufügte, daß derartige Geste, selbst wenn sie sich nur auf ausschließlich von Ungarn bewohnte Bezirke des abgetrennten Gebietes erstrecken würde, ungeheurer tiefen Eindruck in Ungarn machen und ungarische Verbundenheit mit Politik des Reiches für alle Zeiten sichern würde. Ungarn würde derartigen Entschluß auch als erste Bresche in Trianon-Vertrag würdigen, an dessen Erledigung wir nach Beseitigung von Versailles und St. Germain doch gleichfalls Interesse hätten.

Daß solche Geste in Ungarn ungeheuren Widerhall auslösen würde, stehe außer Zweifel. Rechtsradikaler Führer Sallo hat bereits am Sonntag in einer Rede entsprechende Erwartung formuliert. Wäre dankbar für Drahtweisung zur Regelung meiner Sprache.

Erdmannsdorf<sup>32</sup>

Aber auch in Berlin selbst war man nicht müßig, wie die deutschen Akten zeigen. Am 14. März fühlte der Gesandtschaftsrat a. D. Gyula Malcomes in dieser Angelegenheit im Auswärtigen Amt vor. Einem Mitarbeiter des Büros Ribbentrop sagte er, er sei mit Wissen und Zustimmung offizieller ungarischer Kreise in Berlin, um sich über die Möglichkeiten für Verhandlungen über eine Grenzrevision im Burgenland zu informieren. Im Auswärtigen Amt antwortete man ihm, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern erlaubten es der ungarischen Regierung, ihren Wunsch nach Grenzrevision offiziell und nicht auf solchen Umwegen zum Ausdruck zu bringen. Auf den Rand der Aufzeichnung über die Malcomes-Aktion notierte Weizsäcker, Hitler würde eine solche ungarische

31 Lajos Kerekes, Akten des ungarischen Ministeriums des Äußeren zur Vorgeschichte der Annexion Österreichs, Acta Historica, Budapest 1960, S. 379.

32 Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Bd. V, Baden-Baden 1953, S. 215 ff.

sche Initiative ungern sehen, denn er würde kaum die Absicht haben, Ungarn ein solches unmotiviertes Geschenk zu machen. In einem am 18. März nach London gesandten Telegramm ließ Weizsäcker Woermann wissen, daß die in englischen Kreisen verbreitete Information, wonach die ungarische Regierung offiziell um Einleitung von Verhandlungen über die Grenzberichtigung ersucht habe, nicht den Tatsachen entspreche. Erst einige Wochen später, am 13. April, kam Weizsäcker auf die telegraphische Anfrage des Gesandten Erdmannsdorff zurück. Er teilte dem Gesandten mit, Hitler betrachte die deutsch-ungarische Grenze als endgültig, von der von Mecsér erwähnten Grenzrevision könne also keine Rede sein. Selbst auf ethnischer Grundlage sei eine Grenzrevision undurchführbar, denn die ungarische Minderheit lebe im Burgenland zerstreut, dagegen würde südwestlich des Neusiedler-Sees eine deutsche Minderheit zu Ungarn gehören. Das würde bedeuten, daß eine nach ethnischen Gesichtspunkten durchgeführte Grenzberichtigung Ungarn keinen Gebietszuwachs, sondern weiteren Gebietsverlust brächte<sup>33</sup> — ein deutlicher Hinweis auf Ödenburg!

Die Zeit für die Revision des Vertrages von Trianon war noch nicht reif. Es sollte das Schicksal der Tschechoslowakei werden, mit Teilen ihres Staatsgebietes die Ungarn für ihre dem Deutschen Reich geleisteten Dienste belohnen zu müssen.

Das weitere Schicksal des Burgenlandes kann kurz geschildert werden: schon mit dem „Führererlaß vom 22. Mai 1938“, der die Geschäfte der Landesregierung dem steirischen Landeshauptmann übertrug und sowohl den Gau Burgenland der NSDAP wie auch den Gauleiter abschaffte, zeichnete sich die schließliche Auflösung des Landes ab, die mit dem „Gesetz über Gebietsveränderungen im Lande Österreich vom 1. Oktober 1938“ erfolgte. Während der Norden an Niederösterreich fiel, ging der Süden an die Steiermark, und das sollte das Ende eines Landes sein, das sich unter großen Mühen seine Einheit und sein Zusammengehörigkeitsgefühl errungen hatte. Bis zur Wiedergewinnung seiner Freiheit litt das Burgenland wie das übrige Österreich, und mit seinen Opfern, seinem Widerstand und seiner Treue trug es bei zur Wiedererrichtung eines unabhängigen demokratischen Staates, der im sogenannten „Burgenlandgesetz“ vom 29. August 1945 auch den Wiederaufbau eines selbständigen Landes verfügte.

Was Karl Renner anläßlich des 25jährigen Bestandes des Burgenlandes schrieb:

Neben der Tonne Unsinn und Unrecht ist die Befreiung des Burgenlandes ein Quentchen Vernunft und Recht gewesen<sup>34</sup>

können wir heute, abermals ein Vierteljahrhundert später, wahrlich mit großer Genugtuung empfinden.

---

33 a. a. O., S. 226 f.

34 Karl Renner, 25 Jahre Burgenland, Wien 1946, S. 6.

# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Burgenländische Heimatblätter](#)

Jahr/Year: 1971

Band/Volume: [33](#)

Autor(en)/Author(s): Stadler Karl R.

Artikel/Article: [Das Werden des Burgenlandes - ein Teil der österreichischen und europäischen Nachkriegsgeschichte 1-17](#)